

**Massenentlassungen durch profitable Großkonzerne gehören mittlerweile zum traurigen Alltag dieser Republik. Doch der Plan von Nokia, das Werk in Bochum dicht zu machen, ist ein besonders krasses Beispiel des Turbokapitalismus.**

die Straße gesetzt. Den über 2.000 Festangestellten droht ab Juni die Arbeitslosigkeit. Ganze Familienexistenzen sind von der Schließung bedroht.

Auflagen wurden offensichtlich nicht eingehalten.

Die Empörung ist riesig, die Solidarität mit den Beschäftigten auch. Über alle Parteigrenzen

keinerlei Zugeständnissen bereit sein.

Für die Beschäftigten aber auch für die Stadt Bochum wäre die Werksschließung ein Desaster.

## Diesmal nach Rumänien – Nokia folgt den Kapitalinteressen

Der Gewinn von Nokia betrug im letzten Jahr 7,2 Milliarden Euro! Der Anteil der Löhne an den Herstellungskosten eines Handys beträgt ca. 5 %. Die Bochumer Belegschaft hat im 3-Schichtbetrieb an 7 Tagen in der Woche gearbeitet, Überstunden waren selbstverständlich. Der Bochumer Betrieb ist profitabel. Das Betriebsergebnis in Bochum betrug 134 Millionen Euro Gewinn (pro MitarbeiterIn 90.000 Euro) im Jahr 2007.

Trotzdem teilte die Unternehmensleitung Mitte Januar unvermittelt mit, dass das Werk innerhalb von nur 6 Monaten geschlossen wird. Die 1.000 LeiharbeiterInnen wurden sofort auf



Ein besonderes I-Tüpfelchen: Nokia erhielt 88 Millionen Euro öffentliche Subventionen, die

hinweg wurden die Schließungspläne verurteilt. Selbstverständlich hat sich DIE LINKE. im Rat an vielen Aktivitäten wie Demos, Mahnwache, Menschenkette beteiligt und eigene Aktivitäten wie eine öffentliche Fraktions-sitzung bei Nokia durchgeführt. Unser aller Protest scheint die endgültige Entscheidung zur Werksschließung leider nicht verhindern zu können, trotzdem war und ist der Widerstand weiter wichtig. Nokia hat einen ungemein großen Imageschaden mit Umsatzeinbußen hinnehmen müssen. Vielleicht wirkt das, denn aus reiner Menschenfreundlichkeit wird der Konzern zu

Nokia ist der größte Gewerbesteuerzahler, es drohen Minder-einnahmen von bis zu 25 Millionen Euro jährlich. DIE LINKE. befürchtet, dass das zu Lasten von sozialen, kulturellen und bildungspolitischen Maßnahmen gehen würde.

Bei aller lokalen Problematik sollten wir aber nicht vergessen, dass wir hier einen Kampf führen, den andere bei BenQ, Siemens, AEG, BMW, Deutscher Bank etc. auch geführt haben und der bei der derzeitigen Lage immer wieder zu führen sein wird, denn Nokia folgt nur der

### LINKS wirkt: Heizkosten werden übernommen

Bereits im November 2006 hatte die Linksfraktion beantragt, dass die ARGE die Übernahme der Heizkosten an die gängige Rechtssprechung anpassen und die tatsächlichen Heizkosten übernehmen sollte. Viel Hin und Her hatte es dazu

im Sozialausschuss gegeben, ein Urteil beim Landessozialgericht sollte abgewartet werden.

Hunderte Kürzungen mussten Hartz-IV-Haushalte hinnehmen. Ein Urteil war aber nach über einem Jahr immer noch nicht in Sicht, weshalb DIE LINKE. das Thema erneut auf die Tagesordnung setzte. Diesmal rangen sich SPD/Grüne dazu durch, uns inhaltlich zu folgen und stellten sinngemäß einen Änderungsantrag, der genau unserer Forderung aus 2006 entsprach. Hartnäckigkeit zahlt sich eben manchmal doch aus.



## Kostenfreies KiTa-Jahr

Erfahrungen aus unserem Nachbarland Frankreich haben gezeigt, dass Kinder dann in der Schule erfolgreich sind, wenn sie möglichst früh zusammen mit anderen Kindern spielerisch Sozial- und Wissenserfahrungen machen. Von daher ist es wünschenswert, dass möglichst alle Kinder eine Kindertageseinrichtung besuchen. Um auszuschließen, dass finanzielle Gründe dies verhindern, hat DIE LINKE gefordert, dass das erste KiTa-Jahr beitragsfrei für alle sein soll. In der Stadt Aachen haben SPD und Grüne dies mit Unterstützung der Linksfraktion so beschlossen. Wir wissen natürlich, dass unser Vorschlag die Stadt etwas kosten würde. Aber die Zukunft unserer Kinder sollte es uns wert sein. Zur Finanzierung schlägt DIE LINKE eine geringfügige Gewerbesteuererhöhung vor. Anders als in Aachen wollten sich Bochumer SPD und Grüne dem Anliegen nicht anschließen und stimmten im Rat gegen den Antrag der LINKEN.

## Schultüte soll nicht leer sein

Hefte, Stifte, Schreibmappen und erst recht ein Tornister zur Einschulung - dies alles kostet Geld. Wir wissen das. Aber bei der Verabschiedung der sog. Hartz-Gesetze spielten diese Kosten keine Rolle. In den Regelsätzen sind zumindest keine Mittel für Schulmaterialien vorgesehen. Damit aber kein Kind bei seiner Einschulung mit einer leeren Tüte dasteht, hat sich DIE LINKE dieser Problematik angenommen und fordert eine einmalige Beihilfe von 100 Euro je Kind bei der Einschulung. Damit greifen wir Forderungen der Gewerkschaften und Sozialverbände auf. Was in Städten wie München oder Braunschweig Realität ist, muss auch in Bochum möglich sein. Am ersten Schultag sollte es kein Kind besonders schwer haben, nur weil seine Eltern Hartz IV beziehen. Das sahen SPD und Grüne im Rat anders und lehnten unseren Antrag ab.

► Logik des Kapitalismus. Nokia versucht, seine Gewinne zu maximieren. Wir brauchen deshalb dringend Regularien sowohl auf EU- als auch auf Bundesebene, die Sozialdumping und Subventionshopping verhindern. Wir brauchen verstärkte Mitbestimmungsrechte der Belegschaften, schärfere Krite-

rien für die Vergabe von Fördermitteln, eine Verlagerungsabgabe, um nur einige Forderungen der LINKEN zu nennen. Im EU-Parlament und im Bundestag haben wir dazu zahlreiche Initiativen eingebracht. Hier in Bochum kämpfen wir weiter für den Erhalt der Arbeitsplätze bei Nokia. *Ernst Lange*



# Ein Phantom – der Haushalt 2008

**Warum ein Phantom? Weil die Haushaltsberatungen etwas ins Stocken geraten sind, da auf die Stadt noch finanzielle Belastungen zukommen werden, die derzeit nicht konkret zu beziffern sind und eine Planung fast unmöglich machen.**

derzeitigen Schuldenstand von 900 Mio. Euro. Allein für Zinszahlungen (keine Abbau der Kredite) werden für 2008 ca. 63 Mio. Euro veranschlagt. Durch so genannte Pflichtaufgaben (wie Bildungsangebote, Sozialleistungen etc.) und beschlossene bzw. begonnene Bau- und Sanie-

höhung der Gewerbesteuer wird keinen Gewerbetreibenden aus der Stadt treiben. Diese Forderung stellen wir nicht, um ein Loch im Haushalt zu stopfen, sondern wir wollen das Geld einsetzen, um jedem Kind das erste KiTa-Jahr kostenlos zu ermöglichen. Damit unterstreichen wir unsere Forderung nach kostenloser Bildung für alle Kinder. In diesem Zusammenhang ist auch unser Antrag im Rat zu sehen, in dem wir eine einmalige Einschulungsbeihilfe von 100 Euro für Hartz-IV-Haushalte fordern. Wir erinnern daran, dass in den Hartz-Regelsätzen kein Geld für Schulmaterialien vorgesehen ist.



Da ist an erster Stelle das Wegbrechen von zweistelligen Millionenbeträgen bei den Gewerbesteuereinnahmen durch die zu befürchtende Nokia-Werkschließung zu nennen. Zudem wird der Tarifabschluss, mit einem hoffentlich guten Ergebnis für die Kolleginnen und Kollegen, mit mehreren Millionen Euro zu Buche schlagen.

Auch die unseriösen Geschäfte der WestLB werden über das Ergebnis der Sparkasse den Bochumer Haushalt erheblich belasten.

Der Haushalt selbst ist groß, bietet aber kaum Handlungsspielraum. Er hat einen Umfang von 1,2 Mrd. Euro bei einem

Maßnahmen gibt es kaum noch finanziellen Spielraum.

Soweit die Rahmencahlen. Ausdrücklich stellen wir fest, dass die Probleme der Stadt in hohem Maße auf die Steuer- und Finanzpolitik des Bundes und Landes zurückzuführen sind. Zudem werden immer mehr Aufgaben von Bund oder den Ländern den Kommunen aufgebürdet, ohne dass eine entsprechende Finanzierung sichergestellt ist.

DIE LINKE wird im Rahmen der Haushaltsdiskussion aktiv werden. Wie schon in den Jahren zuvor beantragen wir die Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes. Eine moderate Er-

höhung der Gewerbesteuer wird keinen Gewerbetreibenden aus der Stadt treiben. Diese Forderung stellen wir nicht, um ein Loch im Haushalt zu stopfen, sondern wir wollen das Geld einsetzen, um jedem Kind das erste KiTa-Jahr kostenlos zu ermöglichen. Damit unterstreichen wir unsere Forderung nach kostenloser Bildung für alle Kinder. In diesem Zusammenhang ist auch unser Antrag im Rat zu sehen, in dem wir eine einmalige Einschulungsbeihilfe von 100 Euro für Hartz-IV-Haushalte fordern. Wir erinnern daran, dass in den Hartz-Regelsätzen kein Geld für Schulmaterialien vorgesehen ist.

*Ernst Lange*

# Privat vor Staat?

## Armenküchen auf dem Vormarsch

**Edgar Fischer, Vertreter des DGB und ehemaliger Personalratsvorsitzender der Stadt Bochum, brachte es auf den Punkt: „Privat vor Staat bedeutet, Gewinne sollen privatisiert, Verluste aber sozialisiert werden.“**

Auf einer gut besuchten Veranstaltung der LINKEN im Rat betonte er, dass der Personalrat darum auch alles daran gesetzt hat, dass öffentliche Aufgaben auch in Zukunft von der Kommune realisiert werden.

Dass die Nachfrage nach Suppenküchen stärker wird, ist für Ute Auer (Arbeitslosenberatung) ein Zeichen dafür, dass Armut auch in Bochum ein Gesicht hat. Die Ursache sieht sie darin, dass das Arbeitslosengeld II in keiner Weise Bedarfs deckend ist und zudem immer mehr Menschen zu Niedrigstlöhnen arbeiten.

Die Sozialdezernentin der Stadt Bochum, Sophie Graebisch-Wagener, sieht sich in einem Dilemma: Auf der einen Seite weiß sie, dass bestimmte Leistungen der Kommune wie etwa ein

kostenfreies KiTa-Jahr oder Einschulungsbeihilfen für Hartz IV BezieherInnen durchaus sinnvoll und notwendig wären, aber der Stadt fehle das Geld. Dieser Geldmangel entstehe vor allem durch Beschlüsse des Bundes und des Landes. Allein durch zusätzliche Aufgaben im Bereich der Pflegeversicherung, der Kinderbetreuung und der Grundsicherung kämen auf die Stadt Mehrkosten im zweistelligen Millionenbereich zu.

In einer verfehlten Finanz- und Steuerpolitik von Bund und Land sahen auch die Bundestagsabgeordnete Ulla Lötzer und das Mitglied des NRW-Landtages Rüdiger Sagel die Hauptursache für die finanzielle Misere der Kommunen. Beide forderten eine Reform der Erbschafts- und Vermögenssteuer.



© pixelio, michael p.

Darüber hinaus würde die Einbeziehung von Freiberuflern und Selbstständigen in die Gewerbesteuer den Kommunen mehrere Milliarden Mehreinnahmen bescheren. Außerdem sollten der Bund und das Land die Kommunen auch finanziell entsprechend ausstatten, wenn sie diesen immer neue Aufgaben übertragen. DIE LINKE. im Rat machte deutlich, dass sie den geringen finanziellen Spielraum

nutzen will und Anträge stellt, die den Menschen vor Ort Verbesserungen brächten.

Einig waren sich alle TeilnehmerInnen der Veranstaltung, dass Armut nicht „nur“ ein finanzielles Problem ist, sondern dass Armut den Menschen die Würde raubt, die Gesellschaft spaltet und die Chancengleichheit in dieser Gesellschaft noch weiter aufgehoben wird.

*Jürgen Plagge-Vandelaar*



© pixelio, tim heinrich

## Sozialtarif für Strom und Gas

**Die Kosten für Strom und Gas sind in den letzten Jahren extrem gestiegen, Löhne und Sozialleistungen aber nicht. Die Strompreiserhöhungen haben dazu geführt, dass immer mehr Menschen der Strom abgestellt wird, weil sie ihn nicht mehr bezahlen können.**

In Deutschland kommt es inzwischen jährlich zu 800.000 zeitweiligen Stromabschaltungen. Häufig sind davon Familien betroffen. Sie müssen ohne Licht, Kühlschrank, Herd und teilweise auch Heizung leben. Besonders für Kinder ist diese Situation ein Armutszeugnis für ein reiches Land.

Es geht auch anders: In Belgien bekommen sozial Bedürftige eine bestimmte Menge Strom und Gas kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Finanzierung ist

über eine Umlage auf den Energiepreis gesichert. Und auch der private Konzern E.ON hat inzwischen einen Sozialtarif für den Strombezug eingeführt.

DIE LINKE hat deshalb im Stadtrat beantragt, dass mit den Bochumer Stadtwerken über die Einführung eines Sozialtarifs für den Strom- und Gasbezug verhandelt wird. Der Anreiz zum sparsamen Umgang mit Energie soll nicht geschmälert werden. Deshalb haben wir vorgeschlagen, die ersten 500 kWh für

mögliche Berechtigte kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Eigentlich ist die Bundesregierung gefordert, bundesweit einen Sozialtarif zu etablieren. Nur auf den Bund zu hoffen, reicht aber nicht aus. Den Menschen muss jetzt geholfen werden. Selbst Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) fordert: „Alle Energieversorger sollten dauerhaft einen solchen Sozialtarif in der Grundversorgung anbieten. (...) In einem so reichen Land wie Deutschland darf es

keine Energie- oder Brennstoffarmut geben.“

Das sieht DIE LINKE genau so und hat deshalb den Antrag für einen Sozialtarif gestellt. In Köln hat der Rat der Stadt mit den Stimmen von SPD, Grünen und LINKEN im Dezember einen Sozialtarif beschlossen, auch in unserer Nachbarstadt Essen haben SPD und LINKE einen ähnlichen Antrag gestellt. In Bochum ticken die Uhren leider anders. Nur die CDU sah im Antrag der LINKEN ein berechtigtes Anliegen. SPD und Grüne haben den Antrag abgelehnt. Bundesweit versuchen SPD und Grüne, sich ein sozialeres Image zu geben. Vor Ort in Bochum handeln sie leider anders. *Uwe Vorberg*

# Wichtiges Zeichen für die Integration

**Sie leben hier, sie arbeiten hier, sie zahlen Steuern und engagieren sich in Vereinen, Verbänden und oft auch in den Stadtteilen, in denen sie leben.**



Nur wählen dürfen sie nicht. Der Grund dafür ist, dass sie keine deutschen StaatsbürgerInnen sind und nicht aus der EU kommen. Diesen Menschen wird ein elementares Recht auf Teilhabe und demokratischer Mitbestimmung verwehrt. Noch nicht einmal auf kommunaler Ebene dürfen sie diejenigen mitwählen, die sie in den Stadträten vertreten sollen. Um diesen Missstand zu verändern, gibt es Initiativen von Gewerkschaften, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden, auf kommunaler Ebene das Wahlrecht für diesen Personen-

kreis zu realisieren. Dabei kann auch auf die positiven Erfahrungen hingewiesen werden, die Länder wie Schweden, Dänemark oder Irland mit dem kommunalen Wahlrecht gemacht haben.

Diese Erfahrungen haben gezeigt, dass Integration keine Einbahnstraße ist, sondern dass der Staat auch die Möglichkeit zur Mitbestimmung geben muss. Ich bin sehr froh, dass diese Auffassung auch von der Mehrheit des Migrationsausschusses geteilt wird und er dem Antrag der Linksfraktion und der FDP

für ein kommunales Wahlrecht mehrheitlich gefolgt ist.

Jetzt ist die Bundesregierung gefordert, ein entsprechendes Gesetz auf den Weg zu bringen. Einen Vorschlag dazu hat die Linksfraktion im Bundestag bereits im vergangenen Sommer entwickelt.

Ich hoffe, dass auch diese Initiative eine deutliche Mehrheit finden wird. Ein längst überfälliges Signal würde an die Menschen in diesem Land gesandt.

*Bianca Schmolze*

## Kinder fahren in den Tod

**Auf Initiative eines Antrages der LINKEN im Rat hat die Stadt Bochum den Zug der Erinnerung vom 14. bis 16. Februar nach Bochum geholt, um am Hauptbahnhof der Deportation von Kindern durch das NS-Regime durch aktive Mit Hilfe der Reichsbahn zu gedenken.**

Nach langen Auseinandersetzungen über die Verantwortung der Deutschen Bahn als Rechtsnachfolgerin der Reichsbahn, stimmte der Vorstand der Bahn letztendlich zu, dass die Ausstellung in Eisenbahnwaggons auf den Hauptbahnhöfen präsentiert werden könne – auch wenn dem Zug der Erinnerung

pro Tag ca. 2.000 Euro an Kosten auferlegt werden, so dass die Initiative am Ende der Reise des Zuges eine Rechnung von ca. 90.000 Euro erwartet.

Umso mehr konnten die OrganisatorInnen des Zuges sich darüber freuen, dass die BürgerInnen der Stadt Bochum ein hohes Interesse zeigten, sich die Ausstellung anzusehen. Die Initiative konnte zudem 31 Kinder aus Bochum und Wattenscheid ermitteln, die vom Bochumer Hauptbahnhof in die KZs deportiert wurden.

Mehr als 6.000 Menschen besuchten in den drei Tagen den Zug und gedachten der Kinder. Allein 75 Schulklassen nutzten die Gelegenheit, sich anhand



konkreter Bochumer Beispiele mit der deutschen Vergangenheit auseinanderzusetzen.

Durch die enge Zusammenarbeit der Stadtverwaltung mit lokalen Organisationen und Schulen hat die Stadt Bochum ein deutliches Zeichen gegen Faschismus und Fremdenhass

gesetzt und gezeigt, wie wichtig es ist, sich mit der eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen, um ein Wiederholen in der Zukunft zu vermeiden.

*Bianca Schmolze*

## IMPRESSUM

Linksfraktion Bochum  
Ernst Lange (V.i.S.d.P.)  
Altes Postgebäude  
Willy-Brandt-Platz 1 – 3  
44777 Bochum  
Tel.: 0234 – 910-1295 /-1296  
Fax: 0234 – 910-1297  
linksfraktion@bochum.de  
www.linksfraktion-bochum.de  
Fotos: pixelio (S.1,3)  
Linksfraktion Archiv (S.1,2,4)  
Gedenkstätte Auschwitz (S.4)

## LINKE. Einblicke

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Linksfraktion Bochum erhalten.

Bitte schicken Sie mir die „Einblicke“ kostenlos an folgende Adresse:

Name, Vorname Straße, Hausnummer Postleitzahl, Ort

Bitte schicken Sie mir Ihren elektronischen Newsletter an folgende Emailadresse:

@